

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 261) betreffend "sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen" (Zahl 21 - 186) (Beilage 290).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen", in seiner 07. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Landtagsabgeordnete Ilse Benkö wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Ilse Benkö einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen", unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 24. Feber 2016

Die Berichterstatterin:  
Ilse Benkö eh.

Der Obmann:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 24. Februar 2016

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 186, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom \_\_\_\_\_ betreffend Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation**

Das Asylrecht als Menschenrecht ist zu respektieren. Es gilt zugleich das Recht der österreichischen Staatsbürger auf Schutz der österreichischen Außengrenzen und Absicherung des Sozialstaates. Nachdem die Europäische Union bisher keine wirksame gemeinsame Asylpolitik umgesetzt hat, muss Österreich selbst aktiv werden und nationale Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation umsetzen.

Österreich muss den Flüchtlingsstrom und die Migration nach Österreich vernünftig und nachhaltig reduzieren und wirksam regeln. Beim Asylgipfel am 20. Jänner 2016 wurde die „Gemeinsame Vorgangsweise von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden“ definiert. Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu deren Umsetzung. Österreich darf für missbräuchlich um Asyl ansuchende Wirtschaftsflüchtlinge, die weder von Verfolgung noch Tod bedroht sind, kein attraktives Zielland sein.

Die Innenministerin wird aufgefordert, Rückführungen von Nicht-Asylberechtigten in deren Heimatländer rasch und konsequent durchzuführen. Wo dies nicht möglich ist, ist der Außenminister gefordert, bisher verabsäumte Rückübernahmeabkommen abzuschließen.

Maßnahmen bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind von der eingesetzten Arbeitsgruppe rasch zu prüfen und umzusetzen. Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur verstärkten Fokussierung auf Integrationspflichten, vorrangiger Gewährung von Sach- statt Geldleistungen, Kürzungen bei befristet Asylberechtigten und z.B. bei Verweigerung von Deutschkursen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation im Sinne der Antragsbegründung umzusetzen.